



INHALT OKTOBER 2012

SEITE 1

KUMPELVEREIN

Giovanni Pollice als Vorsitzender wiedergewählt

INTERKULTURELLE WOCHEN

Auch in diesem Jahr ein Erfolg

SENSIBILISIERUNG IN SACHEN ALLTAGSRASSISMUS

Seminar der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten Ost

SEITE 2

HAPPY END NACH ZEHN TAGEN

Essen: Polnische Bauarbeiter bekommen ihren vorenthaltenden Lohn

ZUSAMMENHÄNGE ERLÄUTERT

DGB-Publikation zur europäischen Migrations- und Antirassismuspolitik

FREIZÜGIGKEIT GERECHT GESTALTEN

Das Projekt „Faire Mobilität“

SEITE 3

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2013

Botschafter im nächsten Jahr wird Theo Zwanziger

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Der Einsendeschluss nähert sich

AKTIV GEGEN RECHTS

ver.di veröffentlicht Broschüre zum gewerkschaftlichen Engagement

„KEIN FREIBRIEF FÜR VOLKSVERHETZUNG“

ver.di zum Urteil des Bundesgerichtshofs NPD-Propaganda befördern zu müssen

SEITE 4

METROPOLREGION GEGEN RECHTS

Münchner Netzwerk unterzeichnet Resolution

ARBEITSHILFE DES MONATS

Gib dem Hass keine Chance – Neo-Nazis enttarnen

NEUE FÖRDERMITGLIEDER



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

KUMPELVEREIN

Giovanni Pollice als Vorsitzender wiedergewählt

Die Mitgliederversammlung des Vereins Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. hat am 10. Oktober 2012 in Düsseldorf turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Giovanni Pollice (IG BCE) als Vorsitzender, Volker RoBocha (DGB), Bernd Vallentin (ver.di) und Holger Vermeer (IG BAU) als stell. Vorsitzenden wurden in ihren Ämtern bestätigt. Leo Monz (DGB-Bildungswerk Bund) hat nicht mehr für den Vorstandsposten kandidiert.

An seiner Stelle wurde Kai Venohr (DGB-Bildungswerk Bund) gewählt. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen: Süleyman Ates (GEW), Dr. Sascha Howind (IG Metall), Rolf Lutze (EVG), Bernhard Witthaut (GdP). Inhaltliche Schwerpunkte der Mitgliederversammlung waren die Auswertung der letzten drei Jahre und die Vorstellung des Arbeitsprogramms 2013 – 2015. Das Programm sieht in seiner Zielsetzung vor:

- den Ausbau der Unterstützung der Gewerkschaften bei der Entwicklung von Maßnahmen und

Aktionen gegen Rassismus, insbesondere im Bereich der Arbeitswelt und der gewerkschaftlichen Bildung,

- die Intensivierung der Kommunikation mit den gewerkschaftlichen Gruppen und Aktiven sowie deren Einbeziehung in die Weiterentwicklung von Aktivitäten und Aktionen,
- eine verstärkte Präsenz der Gelben Hand bei Aktivitäten gegen Rassismus in allen Bundesländern,
- die Stärkung der finanziellen Basis des Vereins.

INTER-KULTURELLE WOCHEN

Auch in diesem Jahr ein Erfolg

„Herzlich willkommen – wer immer du bist“ war das Motto der diesjährigen interkulturellen Woche. In über 450 Städten, Landkreisen und Gemeinden fanden insgesamt rund 4.500 Veranstaltungen statt. Eröffnet wurde die interkulturelle Woche mit einer zentralen bundesweiten Auftaktveranstaltung am 21. September 2012 in Potsdam. Getragen wurde die Veranstaltung von den Kirchen, der Stadt Potsdam, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg und anderen Organisationen. Ein fester Bestandteil der interkulturellen Woche ist der Tag des Flüchtlings, der 1986 erstmals auf Initiative des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses und des DGB-Bundesvorstands stattfand. Inzwischen wird der Tag des Flüchtlings von Pro Asyl veranstaltet.

Weitere Informationen finden sich auf der Seite:

www.interkulturellewoche.de

SENSIBILISIERUNG IN SACHEN ALLTAGSRASSISMUS

Seminar der Gewerkschaft

Nahrung – Genuss – Gaststätten Ost

Der Landesbezirk Ost der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) möchte seine Bildungsarbeit in Bezug auf Alltagsrassismus und Diskriminierung verstärken. Dies war Anlass für ein Seminar für Betriebsräte und Mitglieder der NGG am 13./14. Oktober in Dresden. Um für die Veranstaltung zu werben, wurden Materialien des Kumpelvereins benutzt. Die Gelbe Hand war auch auf dem Einladungsflyer unübersehbar. Nicht, dass die NGG das Thema Rechtsextremismus und Rassismus erst jetzt entdeckt hätte. So haben zahlreiche Mitglieder des Landesbezirks, dem die ostdeutschen Bundesländer mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern angehören, an den Demonstrationen gegen die jährlichen Nazi-Aufmärsche im Februar in Dresden teilgenommen. Anfang Februar dieses Jahres fand in diesem Zusammenhang ein Seminar der „jungen NGG“ in Dresden statt, auf dem über Strukturen, Organisationen und das öffentliche Auftreten von Rechten bis (Neo)Nazis informiert wurde.

Das aktuelle Seminar, das sich wie gesagt an Betriebsräte und nicht nur

junge Mitglieder der NGG wendete, zielte darauf – so Conny Weissbach von der NGG Ost – dafür zu sensibilisieren, wo im Alltag Diskriminierung und Rassismus fast unbemerkt auftauchen. Diskriminierung arbeitet oft mit der Unterscheidung „Wir und Die“. Die, das sind die anderen, die nicht dazugehören und deshalb ausgeschlossen werden.

Wichtig für die Sensibilisierung war auch zu erkennen, wo einem im eigenen Arbeitsalltag Rassismus begegnet und Strategien zu entwickeln, wie man damit umgehen kann.

Den Abschluss des Seminars bildete eine historische Stadtführung durch Dresden, die vom Bündnis Dresden Nazifrei organisiert wurde. Im Mittelpunkt stand dabei nicht die Bombardierung der Stadt, sondern das, was im Nationalsozialismus auch in Dresden an Zwangsarbeit, Verfolgung und Vernichtung stattgefunden hat. Dieser Gang auf den Spuren der NS-Täter zeigte auch den Alltag von Ausgrenzung und Verfolgung, aber auch den Widerstand dagegen.

HAPPY END NACH ZEHN TAGEN

Essen: Polnische Bauarbeiter bekommen ihren vorenthaltenen Lohn



Foto: IG BAU

Begonnen hatte der Skandal Anfang August: 50 polnische Bauarbeiter hatten vier Wochen lang die Kernsanierung des Klinikums des Landschaftsverbands Rheinlands (LVR) in der Essener Virchowstraße durch Abrissarbeiten vorbereitet. Vereinbart waren wöchentliche Abschlagszahlungen. Tatsächlich wurden in der ersten Woche 190 Euro gezahlt, und das war es dann.

Als sie selbst versuchten, nach getaner Arbeit an ihr Geld zu kommen, wurde ihnen der Zutritt zur Baustelle versagt. Darüberhinaus verloren sie ihre Bleibe in Gelsenkirchen. Nach Aussage der Vermieterin habe die Firma, die die Unterkunft angemietet hatte, nicht gezahlt und den Mietvertrag gekündigt.

Kein Geld, keine Unterkunft. „Erst einmal nach Hause“ wäre eine verständliche Reaktion gewesen. Und auf solch eine Reaktion hatte der Arbeitgeber wohl gesetzt. Da hatte er aber die Rechnung ohne die polnischen Kollegen gemacht. Die wandten sich an eine Beratungsstelle des DGB und die wiederum schaltete die IG BAU in Essen ein.

Die IG BAU suchte gemeinsam mit den polnischen Kollegen die Öffentlichkeit – so wurde vor dem LVR-Klinikum demonstriert – und verhandelte mit der Bauleitung, dem Generalunternehmer und dem Auftraggeber, dem Landschaftsverband Rheinland über die ausstehenden Löhne. Die Konstruktion der Auftragsabwicklung war für einen solchen Fall nicht ungewöhnlich. Der LVR hatte den Auftrag für die Abbrucharbeiten an die Durmaz & Köse Fach-Mann GmbH aus Nürnberg vergeben, die wiederum an einen Subunternehmer in Polen. Name der Firma Fach-Mann Polska.

Parallel zu den Verhandlungen rollte eine Solidaritätswelle an. Bereits während der Demonstration vor dem Klinikum spendet eine Frau eine große

Bere Summe Geld – die Lebensmittel für das Wochenende sind gesichert. Personalräte der Uni-Klinik und des LVR haben Essen und Getränke spend-

tiert. Bei der IG BAU gingen kleinere und größere Geldspenden ein.

Nach zehn Tagen war der Spuk vorbei. Der Bauunternehmer hat seine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber, dem LVR, an die IG BAU abgetreten. Das Geld – insgesamt 73.000 Euro – wurde dann den polnischen Kollegen ausgezahlt.

Für Holger Vermeer, der für die IG BAU die Verhandlungen führte und auch dem Vorstand des Kumpelvereins angehört, ist es „ein Trauerspiel, dass so etwas immer wieder bei uns stattfindet“. Seine Schlussfolgerung: „Wir brauchen gerechte Mindestlöhne und vor allem Kontrollen, die diese überwachen.“

Dass der LVR sich außerordentlich kooperativ zeigte und regelmäßigen Kontakt zur IG BAU hielt, um unbürokratische Lösungen im Interesse der Bauarbeiter zu finden, zeigt, das er ohne bösen Willen in etwas rein geschliddert ist, was er so sicher nicht wollte. Dies unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit wirksamer Kontrollen.

ZUSAMMENHÄNGE ERLÄUTERT

DGB-Publikation zur europäischen Migrations- und Antirassismuspoleitik

Der DGB-Bundesvorstand hat vor kurzem die Online-Broschüre „Europäische Migrations- und Antirassismuspoleitik – Überblick über die laufenden Vorhaben und Vorgänge“ veröffentlicht. Darin werden rechtliche Regelungen zu den Themen Migrations- und Antirassismuspoleitik vorgestellt und in größere Zusammenhänge eingeordnet.

In einem Schwerpunkt geht es um die Richtlinienentwürfe der Kommission zur konzerninternen Entsendung und zur Saisonarbeit. Berichtet wird über die Anhörung dazu im Bundestag, bei der auch Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften zu Wort kamen. Ein Kritikpunkt: Hier gehe es im Kern um konzerninterne Leiharbeit, die als solche behandelt werden müsse.

Ein weiterer Teil der Veröffentlichung besteht aus Kurznachrichten. Dazu gibt es zahlreiche Links zu den Originaldokumenten der EU.

Die Broschüre „Europäische Migrations- und Antirassismuspoleitik“ steht im Internet unter:

<http://www.dgb.de/-/pcv>

FREIZÜGIGKEIT GERECHT GESTALTEN

Das Projekt „Faire Mobilität“

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit zählen zu den Grundfreiheiten in der Europäischen Union. Diese Chance zur Mobilität regelt aber nicht die Bedingungen, zu denen sie stattfindet. Mangelnde Kenntnisse über das arbeits- und sozialrechtliche System in Deutschland und daraus resultierend fehlendes Wissen über die eigenen Rechte kann grenzüberschreitend mobile Beschäftigte in Situationen bringen, in denen sie der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt sind.

Um hier gegenzusteuern startete im Oktober 2011 das Projekt „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv“, das vom DGB durchgeführt wird. Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt, kurz

zuvor – am 1. Mai 2011 – war die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die acht mittel- und osteuropäischen Staaten in Kraft getreten, die 2004 der EU beigetreten waren.

Ein Kernpunkt des Projekts, das vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird, ist Beratung der mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und zwar dort, wo sie hauptsächlich leben und arbeiten, in den Ballungsräumen. Deshalb wurden in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg und München Beratungsstellen eingerichtet. Stuttgart und das Ruhrgebiet folgen noch.

Die Beratung findet in den Sprachen der mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt, die nach Deutsch-

land kommen. Gleichmaßen gibt es Infomaterialien in den Herkunftssprachen.

Weitere Arbeitsfelder des Projekts sind Information und Qualifizierung gewerkschaftlicher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und von Betriebsräten sowie eine transnationale Kooperation zwischen den deutschen und den mittel- und osteuropäischen Gewerkschaften, um Informationen bereits im Herkunftsland zur Verfügung zu stellen.

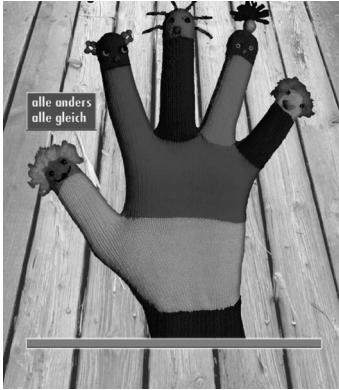
Weitere Informationen unter:

www.dgb.de/fairmobil

Dort stehen auch die Adressen der bislang eröffneten Beratungsstellen.

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2013

Botschafter im nächsten Jahr wird Theo Zwanziger



Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2013 werden zwischen dem 11. und 24. März stattfinden. Veranstaltet werden sie vom Interkulturellen Rat (IR) in Zusammenarbeit mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen. Darunter sind auch der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der DGB, die GEW, IG BCE und IG Metall. Im Rahmen der Wochen gegen Rassismus findet am 22. März 2013 in Stuttgart die Preisverleihung des Wettbewerbs „Die gelbe Hand“ statt.

Das Jahr 2012 war mit rund 1.200 Veranstaltungen in mehr als 300 Städten und Gemeinden die bislang umfangreichste Kampagne der Geschichte.

Die diesjährige Vorbereitungsstagung fand am 25. September in Erlangen statt und stand unter dem Titel „Rassismus als Menschenrechtsverletzung“. Eröffnet wurde diese durch einen Vortrag zum Thema Menschenrechte als Bollwerk gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Es folgte eine Diskussionsrunde und ein Workshop. Daraufhin wurde über unterschiedliche Diskriminierungsformen und deren Ausprägungen gesprochen. Der Nachmittag gehörte der Vorbereitung auf die nächstjährigen Wochen gegen Rassismus.

In diesem Rahmen stellte Jürgen Micksch, Vorsitzender des IR, den Botschafter der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2013 vor.

Dieses Amt wird von Theo Zwanziger bekleidet werden, dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Fußball Bundes (DFB). Dieser erklärte anlässlich seiner Ernennung, dass für ihn im Sport, wie in der Gesellschaft dieselben Werte gelten: Fair Play, Verständigung und Gleichwertigkeit. Daher dürfe man bei Rassismus, Diskriminierung und Gewalt keinesfalls wegsehen. Weiter sagt er: „Wir alle, gesellschaftlich Verantwortliche und Menschen vor Ort, sind dazu aufgerufen, deutliche Zeichen gegen die menschenverachtende Ausgrenzung von Minderheiten zu setzen.“ Die internationalen Wochen gegen Rassismus seien dafür eine besonders gute Gelegenheit.

Informationen zu Hintergründen, Veranstaltungen und Aktivitäten findet man im Netz unter: www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

AKTIV GEGEN RECHTS

ver.di veröffentlicht Broschüre zum gewerkschaftlichen Engagement

„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“ Der Satz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker wird in der Broschüre „Aktiv gegen Rechts! Geschichte und Perspektive gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen NPD & Co“ hervorgehoben zitiert. Die Aussage könnte auch Leitmotiv für die Broschüre sein, die von der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in ver.di Berlin-Brandenburg herausgegeben wurde und im September 2012 erschienen ist.

Die Broschüre beleuchtet die Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Rechts unter der Perspektive, dass die Zeit von 1933 bis 1945 sich nicht wiederholen dürfe. Ein Kapitel bietet einen Überblick über die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der extremen Rechten insbesondere in der Bundesrepublik.

Ein weiteres Kapitel untersucht das unterschiedliche nicht zuletzt von Interessen geleitete Gedenken und Erinnern in den beiden früheren deutschen Staaten. Auch im wiedervereinigten Deutschland ist Erinnern ein schwieriges Feld. Dazu heißt es: „Die große Mehrheit verbindet mit Opfern aus der NS-Zeit in erster Linie die gefallenen Soldaten der Wehrmacht, die Opfer des Bombenkriegs und von Flucht und Vertreibung.“ Deshalb sei es notwendig, Gedenktage dafür zu nutzen, historische Zusammenhänge zu beleuchten und Schlüsse daraus zu ziehen: „Gedenken und Erinnern wendet sich nicht nur gegen das Vergessen. Erinnern muss auch Konsequenzen haben. Diese sind Auftrag und Verpflichtung zum Engagement. Dies sind wir den Millionen Opfern der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur schuldig.“

Weitere Themen, die behandelt werden, sind die Entwicklung rechter Parteien in Deutschland, „rechte Barbarei heute“ und die soziale Demagogie rechter Parteien. Abgerundet wird das mit Literaturhinweisen, Tipps und Informationen.

Die Broschüre „Aktiv gegen Rechts! Geschichte und Perspektive gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen NPD & Co“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

<http://zako.verdi.de/data/verdi-Broschue-Aktiv-Endfassung.pdf>

(Achtung: Die Datei ist 5,29 MB groß.) Eine Printversion kann bestellt werden bei:

Roland Tremper
Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Köpenicker Str. 30
10179 Berlin
E-Mail: roland.tremper@verdi.de

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Der Einsendeschluss nähert sich

Noch bis zum 31. Januar 2013 können Beiträge für den Wettbewerb „Die gelbe Hand“ eingereicht werden. Der Wettbewerb wird zum siebten Mal wird vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ veranstaltet. Jugendliche und junge Erwachsene sind aufgerufen, sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auseinanderzusetzen. Die Darstellungsform kann frei gewählt werden, Reportagen, Filme, Animationen, Fotos, Logos oder auch Songs oder die Dokumentation einer Aktion oder Kampagne. Die Arbeiten sollen auch andere dazu anregen, gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung aktiv zu werden. Weitere Informationen und Anregungen sowie Formulare stehen im Internet unter: www.gelbehand.de/wettbewerb



„KEIN FREIBRIEF FÜR VOLKSVERHETZUNG“

ver.di zum Urteil des Bundesgerichtshofs NPD-Propaganda befördern zu müssen

Am 19. September hatte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe in einem letztinstanzlichen Urteil entschieden, dass die Deutsche Post eine Publikation der NPD ausliefern müsse.

Die Post AG hatte sich geweigert, einen entsprechenden Rahmenvertrag über die Auslieferung von Propagandamaterial der sächsischen NPD-Landtagsfraktion in die Briefkästen zu stecken. Vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden bekam die Post gegen die klagende NPD Recht. Der Bundesgerichtshof hob die Urteile auf.

Dem Argument, Postwurfsendungen ohne Adresse fallen nicht unter den Beförderungszwang, folgten die Karlsruher Bundesrichter nicht. Bei dem NPD-Blatt handele es sich „um eine periodisch erscheinende

Druckschrift, die zu dem Zweck herausgegeben wird, die Öffentlichkeit über Tagesereignisse ... durch presseübliche Berichterstattung zu unterrichten“ – so die Urteilsbegründung. Damit falle sie unter die so genannten „Universaldienstleistungen“, die die Post laut Postdienstleistungsverordnung erbringen müsse.

Diese Verpflichtung der Deutschen Post AG, einen Rahmenvertrag zur Beförderung einer Druckschrift der sächsischen NPD-Landtagsfraktion abzuschließen, ist nach Auffassung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft „kein Freibrief für Volksverhetzung“, so die stellvertretende ver.di Vorsitzende Andrea Kocsis. Die Entscheidung des BGH, dass die Deutsche Post AG verpflichtet sei, einen Rahmenvertrag abzuschließen, und

gleichzeitig festlegt, dass die Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) anzuwenden sei, bedeute nicht, dass künftig jede Sendung ungeachtet ihres Inhalts zugestellt werden müsse. „Damit ist auch klar, dass nun sehr sorgfältig zu prüfen ist, ob die zu befördernde Publikation strafrechtliche Inhalte oder Rassen-diskriminierendes Gedankengut enthält. Sollte das der Fall sein, ist die Sendung gemäß Universaldienstleistungsverordnung von der Beförderungspflicht ausgenommen“, betonte Kocsis.

Die stellvertretende ver.di Vorsitzende rief die Deutsche Post dazu auf, weiterhin Courage zu zeigen. Dies sei auch im Sinne der Beschäftigten von herausragender Bedeutung.

METROPOLREGION GEGEN RECHTS

Münchner Netzwerk unterzeichnet Resolution



Für Toleranz, Demokratie
und Menschenrechte –
gegen Rassismus

Das Netzwerk Europäische Metropolregion München (EMM e.V.) unterzeichnete im Rahmen einer Konferenz im Juli die Resolution „Für Toleranz, Demokratie und Menschenrechte – gegen Rassismus“. Das Grundsatzpapier dient als Basis für zukünftige Aktivitäten der EMM-Mitglieder. Wörtlich heißt es in dem Papier: „Die Mitglieder der Europäischen Metropolregion München e.V. wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen politische Parteien, Organisationen und Gruppierungen, die mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare Grundsätze propagieren. Wir haben eine besondere Verantwortung dafür, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland

und anderswo nie wieder einen Nährboden finden.“ Erste konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird in Zusammenarbeit mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung in verschiedenen Landkreisen die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern: Demokratie stärken – Rechtsradikalismus bekämpfen“ gezeigt. Daneben sollen Gastwirte unterstützt werden, die sich insbesondere in ländlichen Regionen Mietenfragen rechtsextremer Veranstalter gegenüber sehen. Dem Netzwerk Europäische Metropolregion München gehören Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher Institutionen, Unternehmen – zum Beispiel Audi, BMW und die Münchner Verkehrsgesellschaft –, der Wissenschaft und gesellschaftlicher Organisationen an, darunter auch der DGB Bayern. Vorsitzender ist der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude.

ARBEITSHILFE DES MONATS

Gib dem Hass keine
Chance –
Neo-Nazis enttarnen

„Gib dem Hass keine Chance – Neo-nazis enttarnen!“ heißt ein Projekttag, der vom Haus kirchlicher Dienste in Hannover und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) für den schulischen und kirchlichen Unterricht entwickelt wurde. In der Broschüre, die in einer zweiten überarbeiteten Neuauflage vorliegt, wird die Notwendigkeit des Engagements gegen Rechtsextremismus zunächst theologisch und soziologisch begründet.

Anschließend findet sich die eigentliche Arbeitshilfe, die helfen soll, einen Projekttag zum Thema durchzuführen. Hier wird auf die Vorbereitung eingegangen, es finden sich ein Zeitplan und einführende Informationen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Einen Eindruck, wie der Projekttag ablaufen kann, zeigt sich in der Dokumentation der Pilotphase, in der die Entstehung, Planung und erstmalige Durchführung des Projekttag beschrieben wird und die Ergebnisse von Nachbesprechungen ausgewertet werden.

Sämtliche Materialien für die Workshops sowie für den gesamten Projekttag finden sich auf der beigefügten CD. Diese enthält Kopiervorlagen, Aufgabenblätter, Songtexte, Hintergrundinformationen, beispielsweise zu Martin Luther King, es finden sich rechtsextreme Symbole mit Erklärungen, CD-Cover, exemplarische Lieder und vieles mehr.

Burckhardt, Klaus J./Koch, Reinhardt (Hrsg.): „Gib dem Hass keine Chance – Neo-Nazis enttarnen“ Arbeitshilfe und Dokumentation für den kirchlichen und schulischen Umgang zum Thema Rechtsextremismus
Broschüre, DVD
Braunschweig: 2012
2 Auflage, 67 S.
Unterrichtsmaterial/ Arbeitshilfe



Der Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/medienvleih

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.
Nachfolgend die Namen:

1. Josef Bednarski, ver.di, Vorsitzender des GBR des Deutschen Telekom Kundenservice GmbH, Düsseldorf
2. Anna Bernstorff, DGB, Gewerkschaftssekretärin im DGB Bezirk Sachsen, Dresden
3. Necat Caka, IG BCE, BR Mitglied Fa. RAG DSK BW Prosper-Haniel, Bottrop
4. Francesco Caricato, IG BCE, BR Mitglied Fa. Michelin, Bad Kreuznach
5. Viola Denecke, IGBCE, stellv. Landesbezirksleiterin Nordrhein, Düsseldorf
6. Frank Gerling, IG BCE, BR Mitglied Fa. Petrofer-Chemie, Hildesheim
7. Natalie Krause, IG BCE, Königsstein
8. Uwe Meyeringh, ver.di, Fachbereichsleiter LB NRW, Mühlheim
9. Mahmoud Taghavi, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Bundesarbeitskreises, Leverkusen
10. Sebastian Wiedemann, NGG, Landesjugendsekretär, LB Bayern, München

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 €~~en~~ Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender